

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.347.163

Wien, 5.7.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 6591/J der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA und weiterer Abgeordneter betreffend versprochener Maßnahmen gegen Gewalt für besonders gefährdete Frauen** wie folgt:

Fragen 1 bis 10:

- *Gibt es derzeit konkrete Maßnahmen, die besonders gefährdete Frauen rasch zu Schutz verhelfen?*
- *Wenn „Ja“, welche sind dies und wie erreicht man betroffene Frauen?*
- *Wenn „Nein“, warum wurde dahingehend noch nichts in die Wege geleitet?*
- *Wenn „Nein“, ab wann kann man mit der Umsetzung derartiger Maßnahmen für besonders gefährdete Frauen rechnen?*
- *Nach welchen Kriterien gilt eine Frau als „besonders“ gefährdet?*
- *Wie viele Frauen sind Ihren Informationen nach in Österreich derzeit besonders gefährdet?*
- *In welcher Art und Weise steht man derzeit mit besonders gefährdeten Frauen in Kontakt?*
- *Welche Schutzmöglichkeiten haben besonders gefährdete Frauen derzeit in Österreich?*

- *Welche neuen zusätzlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit von gefährdeten Frauen wurden im Jahr 2020 aufgrund der 34 Frauenmorde aus dem Jahr 2019 umgesetzt?*
- *Welche neuen, zusätzlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit wurden im Jahr 2021 bisher gesetzt aufgrund der 31 Frauenmorde aus dem Jahr 2020 bzw. den bereits 11 Frauenmorden im Jahr 2021 (Stand 06.05.2021)?*

Einleitend wird bemerkt, dass in meinem Ministerium ein **präventiver Zugang** zum Thema Gewalt gegen Frauen verfolgt wird. Das BMSGPK setzt sich für die Vermeidung von Männergewalt gegen Frauen und Kinder ein. Deshalb wird zielgerichtet in die männerspezifische Gewaltprävention investiert. Die bestehenden Präventionsprogramme und Beratungskapazitäten für Männer werden gestärkt. Projekte, die sich mit dem Männlichkeitsbild und der Rolle von Männern in der Gesellschaft auseinandersetzen, helfen beim Abbau von Vorurteilen und Geschlechterrollen und tragen so maßgeblich zur Gewaltprävention bei. In diesem Zusammenhang wird die geschlechtersensible Buben- und Burschenarbeit intensiviert. Buben soll dabei möglichst frühzeitig und nachhaltig, beispielsweise in Workshops, vermittelt werden, mit Gefühlen und Aggressionen gewaltfrei umgehen zu können.

Im Rahmen der Sonderrichtlinie und des Calls „COVID-19 Armutsbekämpfung“ stellte Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie ein Schwerpunktthema dar. Es werden einige Projekte zu diesem Schwerpunkt gefördert, darunter „Stopp Partnergewalt“ vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser, „Trauma‘ uns“ von FOOTPRINT und „GAP - Girls Against Poverty“ vom Theater der Unterdrückten.

Eine weitere Maßnahme stellt der Betrieb des österreichweiten kostenlosen, anonymen „Beratungstelefons“ zum Thema Gewalt an älteren Menschen dar, das im Auftrag des BMSGPK beim Verein Pro Senectute Österreich eingerichtet wurde. Die Zuständigkeit des Beratungstelefons umfasst alle Formen von erlebter, gefühlter, beobachteter oder vermuteter Gewalt: emotionale und psychische, finanzielle, sexualisierte, strukturelle, kulturelle und körperliche Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung. Nahezu alle bisherigen Beratungsfälle sind im Bereich der häuslichen Pflege und Betreuung verortet. Bei etwa 95% der Personen, die sich im letzten Jahr an das Beratungstelefon wendeten, handelte es sich um Frauen. In den Beratungsgesprächen handelte es sich bei den Geschädigten und Opfern ausschließlich um Frauen. Die Verteilung der als Gefährderinnen und Gefährder angegebenen Geschlechter weist eine Überzahl der Männer – etwa zwei Drittel – auf. Das Beratungstelefon bietet vertrauliche Gespräche, in denen individuell

beraten wird und die Anrufenden – ob im privaten oder beruflichen Umfeld - in ihrer speziellen Situation unterstützt werden. Im Bedarfsfall werden regionale Expertinnen und Experten sowie andere Institutionen miteinbezogen.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der Frau Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration zu der an sie gerichteten Anfrage Nr. 6585/J verwiesen.

Fragen 11 und 12:

- *Welches Ressort stellt für die zusätzlichen Maßnahmen das dazu notwendige Budget zur Verfügung?*
- *Wie hoch ist dahingehend die Budgetierung?*

Die Budgetierungen anderer Ressorts obliegen nicht meinem Zuständigkeitsbereich, so dass ich dazu keine Angaben machen kann.

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz ist für männerspezifische Gewaltprävention zuständig und investiert im Rahmen des beschlossenen Maßnahmenpakets gegen Gewalt an Frauen und zur Stärkung von Gewaltprävention zusätzlich bis zu vier Millionen Euro vor allem in die Bereiche Männerberatungen und frühzeitige Präventionsarbeit bei Burschen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

